

## **Kulturrassismus und Willkommenskultur Vortrag von Klaus J. Bade (Kurzfassung)**

Tagung der Heinrich Böll Stiftung Brandenburg: ‚Angst wovor? Über Fremdheit, Unsicherheit, Populismus, Kulturrassismus‘, Potsdam  
12.12.2014

Wenn heute von Rassismus gesprochen wird, dann ist damit in der Regel nicht mehr der alte rassenbiologische Begriff gemeint, dessen praktische Umsetzung ihren blutigen historischen Höhepunkt im Nationalsozialismus und im Holocaust erlebte. Bei rassistischen Argumentationen wird heute in aller Regel weniger in rassenbiologischen und mehr in Kategorien von Kultur und Religion gedacht.

### **Kulturrassismus in der Einwanderungsgesellschaft**

Das spielt eine entscheidende Rolle vor allem bei kulturalistischen und rassistischen Abwehrhaltungen gegenüber ‚dem‘ Islam bzw. ‚den‘ Muslimen. Ähnliches gilt für Abwehrhaltungen gegenüber ‚den‘ in der Regel als homogene Ethnie missverstandenen Roma, hier noch verbunden mit sozialrassistischen Verhaltenszuschreibungen, zumal es ‚die Roma‘ als homogene Ethnie gar nicht gibt, sondern nur eine Vielzahl von Gruppen mit sogar eigenen Sprachen und Dialekten.

Kultur- und sozialrassistische aggressive Fremdheitszuschreibungen greifen über auf verwandte Distanzbeschwörungen gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden, die in größerer Zahl als bedrohliche Fremde wahrgenommen werden.

Kultur- und sozialrassistische Abwehrhaltungen gegenüber zugewanderten Minderheiten siedeln heute aber längst nicht mehr vornehmlich am rechten Rand. Sie ankern geradewegs in der gebildeten Mitte: „Ein deutlicher Anstieg von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit oder der Abwertung von Langzeitarbeitslosen zeige sich insbesondere bei den Befragten mit mittlerem bis höherem Einkommen“, erklärte der Direktor des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Andreas Zick. „Seit der Finanzkrise ist Menschenverachtung fest in der Mitte der Gesellschaft verankert.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Zit. Nach: Pro Asyl, Gemeinsam gegen den Rassismus. Tag des Flüchtlings 2014, S. 4.

Minderheitenfeindliche Abwertungen, Ausgrenzungen und Aggressionen sind oft Projektionen und haben insoweit weniger mit ihren Adressaten zu tun als mit ihren Absendern und deren Problemen in einer immer unübersichtlicher wirkenden Welt, in der stets neue Sündenböcke durch die Dörfer getrieben werden.

Wachsende Ängste und Bedrohungsperspektiven in einer Welt voller Konflikte sprachen auch aus dem deutschen Politbarometer vom August 2014. Bedrohungsvisionen, Projektionen, konkrete und diffuse Ängste schlugen bei gewaltbereiten Gruppen aus der Mehrheit, aber auch aus Minderheiten in Deutschland zunehmend um in Aggressionen der verschiedensten Art: in Anschläge auf Flüchtlingsquartiere, auf Moscheen und, vor dem Hintergrund des Israel-Hamas-Krieges, auf Synagogen sowie in Angriffe auf Minderheiten zum Beispiel auf Jesiden und Juden, aber auch in gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Minderheiten wie zum Beispiel Tschetschenen und Jesiden, Salafisten und radikalen Kurden.

Mittelbürgerlich dominierte, vorwiegend islam-, zuwanderungs- und insbesondere asylfeindliche Sammelbecken von Abwehrhaltungen sind neuerdings Großdemonstrationen wie ‚HoGeSa‘ (‚Hooligans gegen Salafisten‘), bislang in Köln und Hannover, sowie ‚Pegida‘ (‚Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‘) mit ihren zuletzt rund 10.000 Menschen umfassenden ‚Spaziergängen‘ in Dresden und kleineren Anschlussformen unter ähnlich klingenden Namen in einer wachsenden Zahl anderer Kommunen.

### **Kulturangst und antiislamische Abwehrhaltungen**

Kulturangst ist die Angst vor einer Gefährdung der eigenen Wertvorstellungen und Lebensformen oder dessen, was man dafür hält, durch als fremd empfundene Wertvorstellungen und Lebensformen oder das, was man dafür hält. Solche Kulturangst ist ein wesentlicher Hintergrund für Abwehrhaltungen gegenüber starker Zuwanderung aus anders geprägten Kulturen.

Soziokulturelle Faktoren bestimmen die Haltung zu Einwanderungsfragen heute oft stärker als wirtschaftliche Aspekte. Dabei ist das in Deutschland stark negativ geprägte Bild fremder Religionen und Kulturen vor allem durch die Haltung zum Islam bestimmt.

Das hat ursächlich gar nichts zu tun mit der aktuellen Explosion von islamistischem Terror in Afrika (bes. ‚Boko Haram‘) und im arabischen Raum (bes. ‚Islamischer Staat‘); denn antiislamische Abwehrhaltungen

wurden schon vorher in Deutschland in systematischer publizistischer und medialer Agitation verbreitet. In meinem Buch ‚Kritik und Gewalt‘ habe ich das für Deutschland gezeigt und geistige Brandstifter genannt. In für die oft als sogenannte Islamkritik getarnte Islamdenunziation empfänglichen Kreisen der Mehrheitsbevölkerung stand am Ende vielfach das, was ich ‚negative Integration‘ genannt habe.<sup>2</sup>

Dabei geht es um die identitätsstiftende Selbstvergewisserung durch die Selbstabgrenzung von einer millionenstarken, hier muslimischen Minderheit, die als kulturelles Gegenbild konstruiert wird. Das ist also ein identitätssichernder Auskreisungsdiskurs. Im angloamerikanischen Kontext nennt man das ‚Alienation‘, ‚Outgrouping‘ oder ‚Othering‘, in neudeutsch amerikanisierender Semantik gelegentlich auch ‚Anderung‘.

Noch scheint die zunehmende pragmatische Akzeptanz der kulturellen Vielfalt aggressive religiös-kulturelle Abwehrhaltungen in Deutschland zu begrenzen. Antiislamische und antimuslimische Kulturängste aber wachsen mit der Überformung und Verzerrung des Islambildes durch die blutige Raserei des islamistischen Terrors und mit der allenthalben beschworenen Gefahr von terroristischen Anschlusshandlungen in Europa und Deutschland.

### **Sozialangst und antiziganistische Abwehrhaltungen**

Besonders deutlich wurde das Zusammenspiel von kultur- und sozialrassistischen Vorstellungen und politischem Populismus bei den Abwehrhaltungen gegenüber der sogenannten europäischen Armutswanderung, bei denen es im Kern um antiziganistische Positionierungen gegenüber sogenannten Zigeunerwanderungen besonders aus Rumänien und Bulgarien geht.<sup>3</sup>

Sturmflutmeldungen über sogenannte Armutswanderungen kamen zuerst von einigen Städten und dann, stark vergrößert, von der bayerischen CSU in deren Kommunal- und Europawahlkampf unter dem Motto ‚Wer betrügt, der fliegt‘. Damit suchte die Partei konkurrierenden rechtspopulistischen Strömungen das Wasser abzugraben und geriet dabei unversehens selber immer mehr in dieses Fahrwasser.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> K. J. Bade: Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach i. Ts. 1993 (3. überarb. Aufl. 2014).

<sup>3</sup> K. J. Bade, ‚Armutswanderung‘. Pragmatismus, Rassismus und Negative Integration, in: Migazin, 18.3.2014 (<http://www.migazin.de/2014/03/18/bade-armutswanderung-pragmatismus-rassismus-negative-integration/>).

<sup>4</sup> K. J. Bade, ‚Wer betrügt, der fliegt‘. Eine himmlische Realsatire, in: Migazin, 27.1.2014 (<http://www.migazin.de/2014/01/27/wer-betruengt-der-fliegt-eine-himmlische-realsatire/>).

Die CSU brachte mit ihrer rechtspopulistischen Initiative, für die es selbst in der Polizeistatistik des Freistaats keine zureichenden Belege gab, auch auf der Bundesebene einen Stein ins Rollen. Am Ende stand, nach Einbeziehung der Ergebnisse des Staatssekretärsausschusses, der Entwurf für ein Bundesgesetz gegen den Sozialmissbrauch durch zugewanderte EU-Bürger.

Das war in einiger Hinsicht eine symbolpolitische gemeinte, im Ergebnis populistisch-demagogische Gesetzesinitiative, die, wie weiland das sogenannte Elterngeld, wesentlich aus der Abhängigkeit der Bundes-CDU von der Bayern-CSU entstand. Sie legitimierte auf höchster Ebene einschlägige, insbesondere antiziganistische Abwehrhaltungen in weiten Kreisen der Bevölkerung. Sie wurde von der CSU gefeiert als Ergebnis ihrer Agitation unter dem Motto ‚Wer betrügt, der fliegt‘. Und Sie wurde im politischen Gleichklang von der rechtsextremistischen NPD begrüßt als Vollzug ihrer Wahlparole ‚Geld für die Oma, nicht für Sinti und Roma‘.

Was die sogenannte Armutswanderung angeht, so geht es nicht, wie die NPD in ihrer Wahlreklame deutlich zu machen suchte, um eine ‚Massenzuwanderung‘ aus Bulgarien und Rumänien ‚in die deutschen Sozialsysteme‘. Das bestätigen alle Forschungsinstitutionen und Behörden, die dazu datengestützt Auskunft geben können.

Es geht vielmehr um spezifische soziale Probleme von nach Auskunft des Präsidenten des Deutschen Städtetags Ulrich Maly bundesweit etwa 12 struktur- und finanzschwachen Kommunen mit ohnehin stark angeschlagenen Sozialhaushalten. Das gilt besonders für Städte des Ruhrgebiets, das der Paritätische Wohlfahrtsverband zu Recht als aktuelle ‚Problemzone Nummer eins‘ bezeichnet hat.

Vor solchen kommunalen Hintergründen mag jeder zuwandernde potentielle oder tatsächliche Transferabhängige als der menschliche Tropfen zu viel wirken, der das Fass zum Überlaufen bringt. Aber mit Bulgaren und Rumänen hat das ursächlich wenig zu tun.

Ihre Integration am Arbeitsmarkt ist, besonders im Falle der Rumänen, bundesweit insgesamt sogar ausgesprochen erfolgreich. Bundesdaten sollten aber nicht mit den häufig sehr viel dramatischeren kommunalen Sozialdaten verwechselt werden; denn Kettenwanderungen von sozial schwachen Arbeitssuchenden münden oft gerade in ohnehin sozial schwer belastete kommunale Problembezirke.

Sozialrassistische Auskreisdiskurse, politischer Populismus und minderheitenfeindliche legislative Symbolpolitik haben dazu beigetragen,

dass die im September 2014 vom Zentrum für Antisemitismusforschung und dem Institut für Vorurteils- und Konfliktforschung e.V. für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes erarbeitete Expertise ‚Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung: Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma‘ einen rasanten Anstieg der Abwehrhaltungen von 2011-2014 dokumentierte, die unter anderem aus den Antworten auf drei Fragen sprach:

1. ‚Ich hätte ein Problem damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten‘ (Anstieg von 40,1 auf 55,4 %);
2. ‚Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden‘ (Anstieg von 27,7 auf 47,1 %);
3. ‚Sinti und Roma neigen zur Kriminalität‘ (Anstieg von 44,2 auf 55,9 %).

Antiziganistische Diskurse und ihre scheinbare Legitimation durch administrative und legislative Interventionen haben von Sozialangst getragene Fremdenskepsis und fremdenfeindliche Abwehrhaltungen bestärkt. Sie haben trotz aller wachsenden Einsicht in die demo-ökonomische Notwendigkeit von starker Zuwanderung eine alte Vorstellung neu erweckt: ‚Das Boot ist voll‘ und bietet Plätze nur mehr für zureichend qualifizierte und ‚kulturell passfähige‘ Passagiere, die sich unauffällig einfügen und sogleich aktiv zu seinem Fortkommen beitragen können.

### **Kulturrassismus, Sozialrassismus und Populismus gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden**

Neben die symbolpolitische bzw. populistisch-denunziative antiziganistische Gesetzesinitiative im Sozialbereich in Gestalt des Bundesgesetzes gegen den Sozialmissbrauch durch EU-Ausländer 2014 trat im gleichen Jahr im Asylbereich der gleichermaßen symbolpolitische bzw. populistisch-denunziative, wiederum stark antiziganistische Gesetzentwurf für den sogenannten neuen Asylkompromiss.

Er enthielt einige Erleichterungen für schon hier lebende Flüchtlinge (z.B. Residenzpflicht und Sachleistungsprinzip im Asylbewerberleistungsgesetz), aber auch erhebliche Verschärfungen für neue Antragsverfahren (z. B. Bezahlung von Fluchthelfern bzw. Schleusern als Straftat) und vor allem gezielte Asylrechtseinschränkungen für Flüchtlinge vom Westbalkan durch die Erklärung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu verfolgungsfreien Herkunftsländern.

Es ging dabei vornehmlich um das sogenannte Winterasyl von Roma-Familien aus den genannten Herkunftsländern. Solche Anträge aber waren auch schon bisher vom BAMF fast durchweg als ‚offenkundig unbegründet‘ abgelehnt worden. Das freilich änderte zumeist nichts an den Monate währenden Aufhalten im Familienverband bis zu Antragsablehnung, Rückreiseaufforderung und nötigenfalls zur Rückführung mit der (bald abgeschafften) Wiedereingliederungshilfe von einigen hundert Euro.

Aber auch nach dem neuen Asylkompromiss muss geprüft werden, ob – trotz der legislativen Verhängung der angeblichen Verfolgungsfreiheit über die Ausgangsräume – nicht vielleicht doch ein individueller Verfolgungstatbestand vorliegt. Deshalb können die Asylanträge aus den genannten Herkunftsgebieten nicht zu Gunsten ‚echter‘, zum Beispiel syrischer Flüchtlinge a priori kollektiv abgewiesen werden. Sie müssen individuell geprüft werden – und dabei erbringt die geänderte Gesetzeslage einen Zeitgewinn pro Antragsentscheidung von nicht mehr als ca. 10 Minuten.

Die dem neuen Asylkompromiss vorausgegangenen politisch-populistischen Diskussionen aber weckten die Vorstellung, dass scheinbar sogar mithilfe von Bundesgesetzen Barrieren gegen anbrandenden ‚Sozial- und Asylmissbrauch‘ hochgezogen werden müssten. Das hat in der weiteren Öffentlichkeit den Verdacht auf diesen ‚Sozial- und Asylmissbrauch‘ gleichsam regierungsamtlich legitimiert und zugleich weiter bestärkt.

Weil im Zentrum des sogenannten neuen Asylkompromisses erneut die Diskussion um den vorsätzlichen ‚Asylmissbrauch‘ in Überschneidung mit ‚Sozialmissbrauch‘ stand, hatte diese Debatte auch Rückwirkungen auf das Bild von Flüchtlingen und Asylsuchenden in migrations- und integrations-skeptischen Kreisen.

Die Abwehrhaltungen gegen Asylsuchende als ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘/ ‚Asylbetrüger‘ und gegen ‚Armutswanderer‘/ ‚Sozialbetrüger‘ siedeln zentral auch in der Oberschicht: ‚Die negativen Einstellungen kommen aus den höchsten Bildungsschichten‘, urteilt umfragegestützt Andreas Zick.

Diese Einstellungen gibt es in gleicher Weise in urbanen Nobelvierteln mit prohibitiven Immobilien-, Miet- und Einkaufspreisen wie in mittel-, klein- und armbürgerlichen Stadtdistrikten und ländlichen Gemeinden. Die so oder anders motivierten Abwehrhaltungen entladen sich vorzugsweise gegenüber konzentriert untergebrachten Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Einschlägige Umfragen - insbesondere die Mitte-Studie der Universität Leipzig, die von der Stiftung Mercator finanzierte Untersuchung des

Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung und zuletzt die neue Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, in die die Bielefelder Ergebnisse eingeflossen sind - zeigen:

Der vierschrötige Springerstiefel-, Glatzen- und Baseballschläger-Rechtsextremismus ist rückläufig oder zeigt doch in Umfragen seltener offen sein brutales Gesicht. Sprunghaft angewachsen aber sind die gruppenbezogenen Abwertungen und Abwehrhaltungen gegenüber sozial Schwachen und Langzeitarbeitslosen sowie gegenüber Minderheiten mit Migrationshintergrund und insbesondere gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden als den Schwächsten der Schwachen.<sup>5</sup>

Die Abneigung gegenüber Asylbewerbern hat sich von 2012 bis Mitte 2014 sogar verdreifacht: 2012 waren noch 25,8 % der Befragten der Meinung, ‚der Staat solle bei der Prüfung von Asylanträgen nicht großzügig sein‘. Im Juni 2014 vertraten nach der Leipziger Mitte-Studie 76 % diese restriktive Position.<sup>6</sup> Das alles ist kein guter Mutterboden für die Zuchtpflanze ‚Willkommenskultur‘.

### **Willkommenskultur top down**

Willkommenskultur ist ein politisch gewolltes, demo-ökonomisch bedarfsorientiertes, top down gestiftetes Elitenkonzept.<sup>7</sup> Es will Signale setzen für die Offenheit gegenüber Zuwanderung nach außen und die Akzeptanz von Vielfalt im Innern mit Strategien auf behördlicher, betrieblicher und kommunaler Ebene. Dazu gibt es Websites von Ministerien, Behörden und zuletzt auch von der Bundesregierung insgesamt. Es gibt Diversity Strategien in und für Unternehmen, Stiftungsaktivitäten, zahllose Tagungen, Agenturen mit ‚Werkzeugkoffern für Willkommenskultur‘; kurzum es blüht eine regelrechte Willkommensindustrie.

Willkommenskultur ist insoweit ein Anlauf zu einem nötigen Spurwechsel im politischen und öffentlichen Diskurs. Jenseits von konkreten Konzepten für Unternehmen, Verwaltungen und Behörden ist Willkommenskultur aber bislang noch ein eher wolkiger Orientierungsrahmen mit erheblichem Verbesserungs- und Ergänzungsbedarf.

---

<sup>5</sup> A. Zick, A. Klein, Fragile Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. R. Meltzer, Bonn 2014.

<sup>6</sup> Migazin, 5.6.2014.

<sup>7</sup> F. Heckmann, Ein neuer Ton im migrationspolitischen Diskurs, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.), Vielfältiges Deutschland. Bausteine für eine zukünftige Gesellschaft, Gütersloh 2014, S. 39-54; vgl. K.J. Bade, Willkommenskultur und Fremdenangst in der Einwanderungsgesellschaft, in: Deutsch Türkische Nachrichten, 31.10.2014 (<http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2014/10/506244/willkommenskultur-und-fremdenangst-in-der-einwanderungsgesellschaft/>).

Die von ‚oben‘ verordnete Willkommenskultur ist stark ‚außenorientiert‘ und kommt oft nicht über Willkommenstechnik mit freundlichen Begrüßungsritualen und Eingliederungshilfen für Neuzuwanderer hinaus. Sie geht an den angstgeborenen Abwehrhaltungen in der Mehrheitsgesellschaft vorbei. Mentalitäten aber ändert man nicht durch freundlichere Umgangsformen allein.

Bemühungen um Willkommenskultur können aus verschiedenen Gründen auch vordergründig und kontraproduktiv wirken: Das gilt dann, wenn Willkommenskultur in bloßer Willkommenstechnik am Hauseingang steckenbleibt und die fremdenfeindlichen Tendenzen im Hausinnern verschleiert.

Willkommenskultur kann sogar demagogisch wirken, weil sie auch eine indirekte gruppenbezogene Selektions- und Denunziationsfunktion hat; denn sie macht unausgesprochen klar, dass Gruppen wenig oder auch gar nicht erwünscht sind, die nicht zu ihren Adressaten zählen:

Willkommenskultur zielt vorwiegend auf qualifizierte Neuzuwanderer, die heute aus volks- und betriebswirtschaftlichen Gründen willkommen sind. Sie richtet sich dezidiert nicht an solche, die unwillkommen, aber aus europarechtlichen Gründen ebenfalls zu akzeptieren sind.

Das gilt zum Beispiel für die ‚Armutswanderer‘ aus Südosteuropa und insbesondere für die verabscheuten Roma-Gruppen unter Ihnen, die, wie erwähnt, legislativ gleich doppelt bedrängt werden: einerseits als Arbeit suchende EU-Bürger aus Bulgarien und Rumänien durch das stark antiziganistische Gesetz gegen den sogenannten Sozialmissbrauch durch EU-Bürger und andererseits als Flüchtlinge und Asylsuchende aus den europäischen Apartheid-Staaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien durch den gleichermaßen stark antiziganistischen neuen Asylkompromiss.

Und Willkommenskultur richtet sich erst recht nicht an die Adresse von Flüchtlingen und Asylsuchenden, was umso mehr zu deren Ausgrenzung beiträgt, die derzeit nur durch nichtstaatliche und private Initiativen aufgefangen wird, von denen abschließend noch zu reden ist.

Willkommenskultur richtet sich aber auch nicht an die schon mehrere Generationen umfassende, aus der ehemaligen ‚Gastarbeiterbevölkerung‘ hervorgegangene Einwandererbevolkerung. Sie hat, von Moped-Geschenken und ähnlichen singulären Willkommensgesten abgesehen, kollektiv nie solche ‚Willkommenskultur‘ erfahren und wurde stattdessen meist mit einseitigen Integrations- und Anpassungs- bzw. Assimilationsforderungen konfrontiert.



Willkommenskultur operiert mithin im Vorfeld einer teilhabeorientierten Gesellschaftspolitik für alle. Sie ist ein wichtiger Neuanstoß (zur Vermeidung der zur leergedroschenen Phrase verkommenen Rede vom Paradigmenwechsel). Sie ähnelt in ihren derzeitigen Operationsformen zwar noch einem modernen Beitrag zum alten Märchen von des Kaisers neuen Kleidern, ist als Konzept und Praxis aber zweifelsohne verbesserungsfähig.

Trotz insgesamt zunehmender Akzeptanz von Zuwanderung und kultureller Vielfalt fehlt in der Einwanderungsgesellschaft nach wie vor ein Zusammenhalt stiftendes und belastbares Selbstbild mit Visionen für die gemeinsame Zukunft. Willkommenskultur könnte hier anschließen, ist aber kein Ersatz dafür.

Umso dringlicher ist es, dass die bedarfs-, also marktorientierte, genauer gesagt arbeitgeberorientierte Zuwanderungspolitik ihr übergeordnetes Pendant findet in einer teilhabeorientierten Gesellschaftspolitik für alle, getragen von einem Zusammenhalt fördernden visionären Selbstbild der demokratischen Einwanderungsgesellschaft. Ohne ein solches gesellschaftspolitisches und ideelles Fundament wäre Willkommenskultur nur ein Schmiermittel für die Maschinerie der bedarfsorientierten Zuwanderungspolitik.

### **Willkommenskultur bottom up**

Jenseits der als Elitenprojekt top down (F. Heckmann) konzipierten Willkommenskultur sind bottom up viele praktische nichtstaatliche Engagements gewachsen: zur Hilfe für Flüchtlinge und Asylsuchende, deutlich seltener für Roma-Familien, und oft auch erst dann, wenn das Image des eigenen Ortes in den Medien auf dem Spiel zu stehen schien.

Diese Initiativen reichen heute von Stiftungen, wie z.B. auch der Heinrich Böll Stiftung, über Pro Asyl oder das WorldCom-Programm von Refugium und über Kirchen und Wohlfahrtsverbände bis hin zu mehr oder minder organisierten nichtstaatlichen und zahllosen privaten Initiativen vor Ort unter dem Eindruck der Überforderung staatlicher und kommunaler Versorgungseinrichtungen durch den aktuellen Flüchtlingsandrang.

Es gibt im Land also mehrfache Paradoxien mit einem Neben- und Gegeneinander von Kulturoptimisten und Kulturpessimisten, von Vertretern kultureller Vielfalt und kultureller Abgrenzung und von zugewanderungs- und insbesondere asylfeindlichen Protesten und Gegenveranstaltungen.

Das war besonders deutlich bei den Großdemonstrationen von ‚HoGeSa‘ (‚Hooligans gegen Salafisten‘) in Köln und Hannover sowie von ‚Pegida‘ (‚Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‘) in Dresden, wo sich zuletzt ca. 10.000 Pegida-Demonstranten (‚Spaziergänger‘) und rund 9.000 Gegendemonstranten gegenüberstanden, voneinander getrennt durch rund 1.200 Polizisten. Verwandte kleinere Kundgebungen gibt es unter ähnlich klingenden Namen in einer wachsenden Zahl anderer Kommunen. Eine Bewegung scheint sich zu formieren. Ob sie in ihren einzelnen Flügeln von ‚rechts‘ auf ihren ‚Spaziergängen‘ nur begleitet, instrumentalisiert oder sogar dominiert wird, bleibt abzuwarten.

Neben der wachsenden Bereitschaft zur Wendung gegen die rechtspopulistischen und neonationalsozialistischen Aufmärsche stehen zwei weitere Gegenströmungen: einerseits die bundesweit gewaltig zunehmenden, wenngleich nicht öffentlichkeitswirksam organisierten nichtstaatlichen bzw. privaten Initiativen zur Hilfe für Flüchtlinge und Asylsuchende; andererseits das wachsende kritische Engagement gegen das fahrlässige politische Spiel mit dem Kalten Krieg. All das mag an die zivile Kraft der Lichterketten der frühen 1990er Jahre erinnern. Dieses Engagement könnte als Wink der Wähler helfen, die Orientierung populistischer Politik an den Angst- und Wutbürgern zu begrenzen, wofür es bereits erste Zeichen gibt.

Gelänge es, in Sachen Willkommenskultur die Bestrebungen top down und bottom up zu einer Gesamtbewegung zu vereinen, die auf teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle zielt und über ein einladendes inklusives Selbstbild verfügt, dann könnte die demokratische Einwanderungsgesellschaft deutlich krisenfester werden.

Gelingt das nicht, dann könnten die Einwanderungsgesellschaften in Europa und Deutschland durch Abwehrhaltungen gegenüber Minderheiten, ethnokulturelle und soziale Spannungen auf eine harte Probe gestellt werden, denn: Anti-Islam-Agitation, Antiziganismus, Anti-Einwanderungs- und Anti-Asyl-Hysterie sind heute die wichtigsten Bindemittel aller rechtspopulistischen, rechtsradikalen, rechtsextremistischen und neonationalsozialistischen Bewegungen in Deutschland und Europa.

Erinnern wir uns an die berühmte Warnung: Wer seine Geschichte vergisst, ist dazu verdammt, sie noch einmal zu erleben. Vieles hat in der Geschichte klein angefangen und am Ende katastrophale Folgen gehabt. An die erinnern dann Mahnmale, vor denen Spätgeborene Kränze niederlegen und sich fragen, warum man seinerzeit den Anfängen nicht mutiger entgegengetreten ist.

Denkbar wäre das, frei nach Koselleck, auch beim Rückblick aus der Zukunft in jene Vergangenheit, die heute unsere Gegenwart ist; denn die Anfänge sieht man bekanntlich immer schärfer, wenn man das Ende schon kennt. Und erkennbar sind diese potentiellen Anfänge auch heute schon.

*Prof. Dr. Klaus J. Bade, geb. 1944, ist Migrationsforscher, Publizist und Politikberater. Er lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und lebt seither in Berlin. Er war u.a. Begründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), des bundesweiten Rates für Migration (RfM) und bis 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin. Bade hatte Fellowships/Gastprofessuren an den Universitäten Harvard und Oxford, an der Niederländischen Akademie der Wissenschaften sowie am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Er hat zu Migration und Integration in Geschichte und Gegenwart viele Forschungsprojekte geleitet, einige Dutzend Bücher und zahlreiche kleinere Arbeiten veröffentlicht. Für sein Engagement in Forschung und kritischer Politikbegleitung hat er diverse Auszeichnungen erhalten u.a. das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ([www.kjbade.de](http://www.kjbade.de)). Aktuell ist sein neues Buch ‚Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach i. T. 2013 (3. Aufl. als eBook 2014).*